

Zu 1)

Wir sind gegen eine Zwangsmitgliedschaft in der Ing,-Kammer Sachsen

Zu 2)

Die Referenzanforderungen sind auf das absolut Notwendige zu reduzieren.

Im Zuge der Entbürokratisierung sollten öffentliche Vergaben von Ing.-Leistungen vereinfacht werden. Bei gleichwertigen Angeboten sind einheimische Büros zu bevorzugen.

Zu 3)

Öffentliche Auftraggeber haben die HOAI konsequent anzuwenden, die Honorarsätze sind verbindlich.

Zu 4)

Die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung ist generell zu beschleunigen. Die Anforderungen gerade im Bezug auf BIM sind aber dem jeweiligen Anwendungsfall anzupassen, um gerade kleinere Büros nicht zu benachteiligen.

Zu 5)

Die kommunale Wärmeplanung bedarf einer landesrechtlichen Regelung unter Einbeziehung der Ingenieurkammer.

Zu 6)

Durch Entbürokratisierung und beschleunigte <Digitalisierung ist der Personalbedarf in den öffentlichen Verwaltungen zu reduzieren. Die Anerkennung von Berufsabschlüssen bei Gleichwertigkeit ist zu beschleunigen.

Zu 7)

Die ist Sache der Hochschulen und Universitäten (grundgesetzlich garantierte Freiheit von Forschung und Lehre). Hier sollte der Dialog mit den Hochschulen gesucht werden.

Zu 8)

Ein weiteres Prüfkriterium ist nicht erforderlich, da bei den Vergaben der öffentlichen Hand die entsprechenden Nachweise und Erklärungen abgefordert werden.

Zu 9)

Investitionen in die Marode Infrastruktur sind zwingend erforderlich. Die Investitionsbremse muss angepasst werden.